



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/X/10 - 13.1.1955

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 21831-33

Fernschreiber 039890

Normale Binnenwanderung?	S. 1
Die Situation der japanischen Sozialdemokratie	S. 3
Der Schuss gegen August Dresbach	S. 5
Bürokratie und Bonner Bauten	S. 6

Die Wanderer zwischen West und Ost

sp-In den Jahresberichten, mit denen die Bonner Ministerien dieser Tage die Presse überschwemmt haben, sind ohne Zweifel die offiziellen Zahlen am interessantesten, die Aufschluss über die Wanderungsbewegung zwischen den beiden Teilen Deutschlands geben. Nach den offiziellen Angaben des Vertriebenenministeriums sind im 1. Quartal und im 2. Quartal 1954 6000 bzw. 7000 Einwohner der Bundesrepublik nach der Sowjetzone übersiedelt. Freilich sind es nicht alles Westdeutsche; etwa 50 Prozent der Wanderer in Richtung Ost sind ehemalige Flüchtlinge, die wieder dorthin zurückgekehrt sind, wo sie ursprünglich beheimatet waren.

Man kann diese nicht geringe Zahl von Menschen, die der Bundesrepublik den Rücken kehren, nicht bagatellisierend mit der Behauptung abtun, es sei "immer noch nur ein Teil der in normalen Zeiten üblichen deutschen Binnenwanderung", wie es der Staatssekretär der Adenauer-Regierung getan hat. Man muss sich fragen, was z.B. die Menschen, die einst der östlichen Tyrannei entflohen, nun bewogen haben mag, sich wieder einem totalitären System freiwillig zu unterstellen. Es bleibt als Erklärung nur übrig, dass das oft nicht leichte Schicksal in den Flüchtlingslagern, die zerschlagenen Hoffnungen auf einen einträglichen Arbeitsplatz im "goldenen Westen", die wirtschaftliche Bedrängnis also, viele ehemaligen Sowjetzoneneinwohner veranlasst hat, das Risiko der Rückkehr in die alte Heimat einzugehen. Die Lockungen

aus dem Osten mögen vielleicht dazu beigetragen haben, ebenso wie die Zusicherungen, es werde keinem etwas passieren.

Man kann unmöglich annehmen, dass alle, die nach der Zone gegangen sind, Kommunisten waren. Was hat sie dann zu diesem Schritt bewogen? Der Mangel an Fachkräften "drüben" ist bekannt. Für Experten werden Phantasie-Gehälter geboten. Möglich, dass das gelockt hat. Aber wenn ein Motiv von Ostwanderern ist, dann wäre es ein sehr schlechtes Zeugnis für die Bundesrepublik. Denn wer die Unfreiheit wählt, tut dies sicherlich nicht dann, wenn er in der Freiheit einigermaßen ordentlich leben kann.

So bleibt nur der Schluß, dass bei uns in der Sozial- und Wirtschaftspolitik keineswegs alles in Ordnung ist, wie die Bundesregierung in ihren Jahresberichten vortäuschen möchte. Wer als Nichtkommunist das Wagnis unternimmt, freiwillig seinen Arbeitsplatz jenseits der Elbe zu suchen, muß schon in Not gelebt haben. Die Wanderer nach Ost sind ein lebendiger Beweis der von den Sozialdemokraten immer wieder unterstrichenen Wahrheit, dass die von den Bürgerlichen Parteien so häufig behauptete sozialpolitische Attraktivität Westdeutschlands gar nicht vorhanden ist und dass auch die modernsten Waffen den Kommunismus nicht aufhalten können, wenn die soziale Struktur eines Landes nicht gesund ist.

Wie oft aber gerade die westdeutschen Ostwanderer bitter über ihren Heimatwechsel enttäuscht sind, zeigt die steigende Zahl derjenigen, die sich in Westberlin als "Zonenflüchtlinge" melden, bei denen es sich aber in Wirklichkeit um Rückkehrer in die Bundesrepublik handelt. Es sind Männer und Frauen, die aus Westdeutschland in die Zone übersiedelt waren, da ihnen durch Bekannte oder Verwandte, in vielen Fällen aber auch durch "Lockspitzel" der SED fantastische Verdienstmöglichkeiten versprochen worden sind. Nachdem sie aber die brutale Praxis des kommunistischen Sowjetzonenregimes am eigenen Leib erfahren haben, kommen sie, über die wirklichen Verhältnisse im "Arbeiter- und Bauernstaat" Ulbrichts belehrt, nun als "Flüchtlinge" zurück.

Im Monat Dezember sind 128 derartige Rückkehrer allein bei der Flüchtlingsdienststelle in Westberlin registriert worden. Seit Anfang Januar variiert die Zahl der täglichen Rückkehrermeldungen sogar zwischen 5 und 10. Dabei sind hier nicht einmal die Zahlen derjenigen Rückkehrer erfasst, die direkt in ihren alten Wohnort heimkehren, ohne die Flüchtlingsstellen anzulaufen.

Wahrscheinliche Einigung der Sozialisten Japans

Am 17. und 18. Januar werden die beiden sozialistischen Parteien Japans in Tokio ihre Parteitage abhalten.

H.P. Die Sozialdemokraten Japans standen nach Beendigung des Krieges vor ähnlichen Problemen wie die Sozialdemokraten Deutschlands. Japan war ein besetztes Land, aber es wurde nicht der furchtbaren Aufspaltung wie Deutschland unterworfen. Mit dem Wachsen des Ost-West-Konfliktes bemühten sich die westlichen Besatzungsmächte, auch Japan in ihr Verteidigungssystem einzubauen. Die Voraussetzung dafür war die Unterzeichnung eines Friedensvertrages. Dies geschah ohne und gegen die Stimme Moskaus. Die Frage der Wiederbewaffnung löste in allen Parteien Japans heftige Kämpfe aus, besonders aber in der Sozialdemokratie. Sie führten schließlich im Oktober 1951 zur Spaltung der Partei, wodurch beide Flügel vorübergehend geschwächt wurden. Trotzdem gelang es beiden Gruppen in den folgenden Wahlen, 1952 und 1953, erhebliche Gewinne zu verzeichnen. Wären beide Parteien vereint gewesen, so wäre auch in Japan die Sozialdemokratische Partei die zweitstärkste des Landes geworden.

Die reaktionäre Politik der Yoshida-Regierung führte in der Folge zu einer Spaltung der liberalen Yoshida-Partei. Die zweitstärkste Partei, die sogenannte Fortschrittspartei, löste sich auf und schloß sich mit den liberalen Dissidenten zur Demokratischen Partei, unter dem Vorsitz des früheren Führers der liberalen Partei, Hatoyama, zusammen. Mit der Unterstützung beider sozialistischer Gruppen wurde Yoshida dann im Dezember 1954 von Hatoyama als Ministerpräsident abgelöst. Neuwahlen wurden für März 1955 festgesetzt.

Die Kraft des demokratischen Sozialismus in Japan kann sich nur dann wirklich entfalten, wenn die mehr taktischen als prinzipiellen Gegensätze, die 1951 zur Trennung führten, überbrückt werden können. Diese Erkenntnis führte im April 1954 zur Bildung eines gemeinsamen Komitees, das mit der Aufgabe betraut wurde, eine Liste der Punkte aufzustellen, in denen sich die beiden Gruppen einig sind. Einverständnis besteht über die folgenden wichtigen Punkte:

1. Die japanischen Sozialisten stehen auf dem Boden des demokratischen Sozialismus, der sich im Prinzip sowohl vom Kapitalismus und Kommunismus unterscheidet.
2. Sie befürworten völlige Unabhängigkeit und die Sicherung des Friedens für Japan.

3. Sie anerkennen die Vereinten Nationen als die entscheidende Basis, um den Frieden zu sichern und wünschen, dass ihr Charakter universell sein soll.
4. Sie anerkennen die Notwendigkeit einer allgemeinen Abrüstung, einschließlich der Ächtung der Atomwaffen.
5. Sie sind einig darüber, dass die internationale Spannung nicht durch Gewalt, sondern nur durch Verhandlungen vermindert werden kann.
6. Sie haben Einverständnis über die Regelung territorialer Fragen Japans erzielt, ferner über Maßnahmen, die die Zusammenarbeit mit anderen südost-asiatischen Ländern betreffen.

Auf dieser wertvollen Grundlage für die Zusammenarbeit berieten Vertreter der Rechts- und Linkssozialisten Ende letzten Jahres über die nächsten Schritte, die zur Verwirklichung der Einheit führen sollen. Diese Vorschläge wurden inzwischen auch von den Vorständen beider Parteien gebilligt. Am 17. und 18. Januar werden beide Parteien ihren Parteitag in Tokio abhalten, um die vorher beschlossenen Resolutionen und Empfehlungen zu diskutieren und zu verabschieden. Es ist vorgesehen, dass die beiden Parteitage einen Ausschuss bilden werden, der ein gemeinsames Programm sowie eine gemeinsame Basis in Fragen der Parteiverwaltung, Organisation usw. ausarbeiten soll. Nach Prüfung dieser Vorschläge durch eine Sonderkonferenz soll ein gemeinsamer, außerordentlicher Parteitag die Verschmelzung beider Gruppen bringen.

Dieser Einigungsparteitag wird nicht mehr vor den Wahlen im März stattfinden können, ist jedoch für bald danach geplant. Trotzdem hat man jetzt schon eine gemeinsame Plattform für diese Wahl geschaffen, beide Parteien haben ihre Wahllosungen und ihr Programm aufeinander abgestimmt. Auch ist Einigung über die Aufstellung der Kandidaten erzielt worden, sowie über die mögliche Kandidatur eines Ministerpräsidenten, falls die Sozialisten mit der Bildung der Regierung beauftragt werden sollten. Damit würde zweifellos die Politik der Kräfte einen enormen Auftrieb erhalten, die davon überzeugt sind, dass eine Entspannung nur möglich ist, wenn es gelingt, die Aufteilung der Welt in zwei feindliche Militärblöcke zu verhindern.

* * *

- 5 -

Der "Gotteslästerer"

Nicht nur die Weltgeschichte, auch die kleine chronique scandaleuse des Bundestages in Bonn liebt Treppenwitze. Der neueste: ausgerechnet ein Abgeordneter der CDU ist der Gotteslästerung angeklagt worden, nicht etwa in einer empörten Sonntagsrede, nicht in einem wütenden Pamphlet, sondern bei der Staatsanwaltschaft in Bonn.

Weshalb? Im November 1954 hatte der FDP-Abgeordnete Miessner in einer Ausschusssitzung stoßaufzend gesagt: "So Gott will, werden wir also nächstes Jahr die Steuersenkung haben" und August Dresbach, ausgestattet mit der nur überlegenen Geistern eigenen Fähigkeit zur Selbstironisierung - er gehört ja schließlich der CDU an - hatte bemerkt, er möchte seinen Kollegen doch darauf aufmerksam machen, dass der Anruf des Lieben Gottes in diesem Hause den Abgeordneten der CDU vorbehalten sei.- Allgemeines Schmunzeln über diesen Scherz, ein echter "Dresbach".

Nach zwei Monaten erhebt ein Journalist Klage. Entweder ein armer Mann mit amputierten Humororgan oder ein geriebener, hintergründiger Spassvogel. Das ist noch nicht ganz geklärt. Strafrechtlich ist sein Vorwurf unsinnig. Wenn schon ein verschrobener Geist in diesem Zusammenhang irgendwo Gotteslästerung wittert, dann kann er es höchstens in dem Versuch Miessners sehen, "Gottes Willen" für die Steuerreform in Anspruch zu nehmen.

Die kleine Fiedertracht beginnt dort, wo, verallgemeinernd, davon gesprochen wird, der Kläger habe den Eindruck, dass im Bundestag allmählich lockere Sitten einrissen. Hier drängt sich der Gedanke nach einem Auftraggeber auf, zu finden vielleicht im Umkreis derjenigen, die schon bei der Wahl des CDU-Abgeordneten Gerstenmaier zum Bundestagspräsidenten - wie Würmeling es tat - gegen einen Teil der eigenen Parteifreunde den Vorwurf erhoben, sie hätten gegen Gerstenmaier gestimmt, weil er ein "Exponent des gläubigen Christentums" sei.

Dieser CDU-interne Streit der Rechtgläubigen gegen die unsicheren Kantonisten, von denen einer nun sogar zum Gotteslästerer gestempelt werden soll, ist schon ein wahrhaft erhebendes Schauspiel.- Die armen Staatsanwälte von Bonn.

* * *

-u.

- 6 -

Das sass

"Die Tatsache ist eingetreten, dass, wer sich mit der Teilung Deutschlands abfindet, ungeschoren bleibt, während der, der für sie eintritt, beargwöhnt und unlauterer Absichte bezichtigt wird. Er wird eingestuft als Neutralist, Pazifist und Kommunist."

Reinhold Maier
auf dem Drei-Königstreffen
der FDP - Stuttgart,
5. Januar 1955

Als der Schwabe Reinhold Maier, bekannt und gefürchtet für seine treffsicheren Formulierungen, diesen Notschrei von sich gab, dachte er wohl nicht daran, dass seine Klage so bald bestätigt würde. Im gleichen Zusammenhang hatte er, anspielend auf die Bauwut in Bonn, gesagt, in Bonn werde die deutsche Einheit verbaut. Das sass. Die Bonner Ministerialbürokratie fühlte sich an ihrer wundesten Stelle getroffen. Staatssekretär Strauss vom Bundesjustizministerium machte sich zu ihrem Sprecher. Folgendes hatte er namens der Bonner Bürokrati "nicht nur der hohen, sondern aller Ränge", zu sagen:

"Die Angehörigen der deutschen Bundesministerien sehen in den Äußerungen von Herrn Bundestagsabgeordneten Dr. Reinhold Maier eine Beleidigung ihrer Person und ihrer Arbeit. Sie würden ihre Arbeit als sinnlos empfinden, wenn sie nicht jederzeit der Verwirklichung des obersten Gebots des Grundgesetzes dienten, die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden."

Wer sich beleidigt fühlt, wie es in diesem Protest zum Ausdruck kommt, müsste eigentlich zur Wiederherstellung seiner Ehre zum Kadi laufen. Das gäbe einen Mordsprozeß. Sicherlich würde in ihm klargestellt werden, wer die treibende Kraft ist, die die Errichtung von kostspieligen Beton- und Stahlbauten für nötig hält, um in ihren Mauern "die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden". Viele meinen, das könnte auch in weniger prunkvollen und für die Ewigkeit errichteten Gebäuden geschehen. Vor allem wäre es dann überzeugender...-ler

Verantwortlich: Peter Raunau